

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

137 (17.6.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 8.00 M.; durch die Post bezogen 8.80 M. ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich. Einzelverkauf 20 A. Anzeigen: Werktags mittags; Geschäftszeit: 4 1/2—5 1/2 und 8—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonetzelle 1.—M. Die 12spaltige 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 19 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Lösung der Regierungskrise.

Der Zentrumsabg. Dr. Mayer Reichskanzler?

Berlin, 16. Juni. Die der „Vorwärts“ erzählt, sind die Bemühungen über die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte heute vorzeitig weiter fortgeschritten und sollen unmittelbar vor dem Abschluss stehen. Für den Reichskanzlerposten sei nicht Trimborn, der sich auf die Rolle des Vermittlers beschränkt, vorgesehen, sondern ein anderer Zentrumspolitiker.

Die Zentrumsabg. Dr. Mayer-Kaufmann als Kanzler wird in den Berliner Morgenblättern im allgemeinen jenseitig beurteilt. In einem Blatte wird die Nominierung um soviel als bemerkenswert bezeichnet, weil Dr. Mayer gar nicht der Partei angehört, und seinen Namen in die Wagtschale der Entscheidung geworfen habe. Das Zentrum habe es geschafft, durch die Wahl eines Mannes, der früher zu den besten und allgemein anerkannten Köpfen der Partei gehörte, eine Brücke zu der seitens der gespaltenen bayerischen Volkspartei hinüber zu schlagen.

Nach der „Vossischen Zeitung“ kann dem Eintreffen des Herrn Dr. Mayer, der deutsche Geschäftsträger in Paris ist, in Berlin nicht vor Freitag entgegensehen werden.

Bevor die Verhandlungen Dr. Trimborn teilen verschiedene Morgenblätter mit, daß der genannte Zentrumsführer unter anderem sich mit dem Vorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion in Verbindung setzte, um ihn zu fragen, ob er das Justizministerium zu übernehmen bereit sei. Dr. Heine machte die Annahme von einem Beschluß seiner Parteifreunde abhängig. Diese entschieden sich dann in verneinendem Sinne. Die deutsche Volkspartei, so soll erklärt werden, nehme an der Zusammenfassung des neuen Kabinetts nur insofern Anteil, als sie Wert darauf lege, daß das Reichswirtschaftsministerium mit Geheimrat Niehoff besetzt werde und daß das Reichswirtschaftsministerium einem Fachmann übertragen werde.

Berlin, 16. Juni. Dem „Berl. Tageblatt“ zufolge erklärten die Mehrheitssozialisten heute früh gegenüber Trimborn nochmals, daß sie sich von vornherein auf keine grundsätzliche Opposition festlegen, sondern erst die Daten der neuen Regierung und den Ausgang der Verhandlungen in Spa-wardaten würden. Trimborn habe darauf geäußert, daß er ein Kabinett aus deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten, zu bilden versuche werde.

Die „Germania“ schreibt: Dr. Trimborn hatte heute vormittag nochmals mit Vertretern der sozialdemokratischen Partei verhandelt und dabei feststellen müssen, daß für eine Teilnahme dieser Partei an einer Regierung zurzeit keinerlei Aussicht vorhanden ist. Es bleibt also weiter nichts anderes übrig, als das Augenmerk auf die Bildung einer bürgerlichen Regierung zu richten. Trimborn habe in diesem Sinne dem Reichspräsidenten in erster Linie den Präsidenten der Nationalversammlung, Fehrenbach, als Reichskanzler in Vorschlag gebracht. Dieser habe jedoch, obwohl er allen Parteien genehm war, aus triftigen Gründen gelehnt, ablehnen zu müssen. Darauf habe Trimborn in Uebereinstimmung mit Fehrenbach und unter voller Billigung der Zentrumsfraktion sowie des Parteivorstandes, die heute gemeinsame Sitzungen abhielten, den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer-Kaufmann, genannt. Dieser Vorschlag fand die volle Billigung des Reichspräsidenten, der sich keinerlei sofort telegraphisch mit einem entsprechenden Angebot an Dr. Mayer wandte; dessen Antwort steht zur Stunde noch aus. Nimmt er an, was in parlamentarischen Kreisen allgemein gehofft wird, so darf man eine befriedigende Erledigung der Trimbornschen Mission erwarten.

Zusammentritt des Reichstags am 24. Juni.

Berlin, 17. Juni. Der Präsident der Nationalversammlung beruft auf Grund der Artikel 27 und 180 der Reichsverfassung den Reichstag zum 24. Juni nachmittags 3 Uhr ein.

Die Sozialdemokratie und ein bürgerliches Kabinett.

Die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber einem bürgerlichen Kabinett präzipiert der „Vorwärts“ in einer Weise, die auch unsere Zustimmung findet. Er schreibt:

In bürgerlichen Parteien hegt man die Befürchtung, die Sozialdemokratische Partei wolle die Regierung der bürgerlichen Mitte sich nur bilden lassen, um sie sofort wieder an ihren Oppositionshandeln anzuschließen. Diese Auffassung ist falsch. Daß die Sozialdemokratische Partei zu einer Regierung der bürgerlichen Mitte in grundsätzliche Opposition stehen muß, ist selbstverständlich. Aber da das geniale Verhalten der Unabhängigen die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung notwendig gemacht hat, hat die Sozialdemokratische Partei kein Interesse daran, die Lebensdauer einer solchen Regierung künstlich zu beschränken. Ihre Oppositionshaltung zu einer solchen Regierung ist von vornherein gegeben, ihr taktisches Verhalten in der Opposition wird aber von den Daten der Regierung selbst abhängen.

So gewiß die Sozialdemokratie auf Kontakten der revolutionären Erregungswellen mit den stärksten Kampfmitteln antworten wird, so wenig kann es dem Wesen einer praktisch-sozialistischen Arbeiterpartei, wie sie streben will, entsprechen, ohne Rücksicht auf die Sanftmütigkeit der Regierung sofort das letzte Pulver zu verschütten. Die Arbeiter werden das auch vollkommen verstehen, daß ihre Vertretung im Parlament nicht Opposition ins Auge hineinreißt.

Unser Ziel muß es bleiben, den durch das Verhalten der Unabhängigen geschwächten Einfluß der Arbeiterklasse auf die Politik des Reiches wieder herzustellen und über das frühere Maß hinaus zu erweitern. Als Mittel dazu kommt eine Fortsetzung der alten Oppositionspolitik oder eine irrenden andere soziale Politik der Sozialdemokratie an der Regierungsbildung nicht in Betracht, aber ebensoviele eine stiellose Ministerkrisis, ohne jede Klarheit darüber, was an die Stelle der geklügten Regierung zu setzen sei.

Schleswigsche Teile an Dänemark gegeben.

Berlin, 17. Juni. Der Präsident der Friedenskonferenz hat gestern dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation die offizielle Ratifikation der neuen Schleswig-Grenze überhand und mitgeteilt, daß die Allierten das nördlich der Grenze gelegene Gebiet Dänemark zuweisen würden.

Abzug der Allierten aus Hensburg.

Berlin, 17. Juni. Gestern mittags sanken in Hensburg die Fahnen der vier fremden Mächte unter dem Jubel einer großen Menschenmenge. Die französischen Alpenjäger, die mit aufgestellten Bajonetts aufmarschiert waren, machten die Kommandeure und Generalsekretär Bruce als letzter Vertreter der Kommission Schritt mit anderen Offizieren die Front der Truppen ab. Als die Franzosen abzogen, erkundete deutsche Vaterlandslieber. In irgend welchen Zwischenfällen kam es nicht.

Von der Franzosenherrschaft im besetzten Gebiet.

Worms, 17. Juni. Laut einer amtlichen Bekanntmachung des Chefs des Generalstabs hat der kommandierende General der Rheinarmee in der durch die französische Armee besetzten Zone infolge von Zwischenfällen verboten, daß in der Öffentlichkeit oder unter Verhältnissen, die der Öffentlichkeit gleichkommen, deutsche Hymnen oder Lieder, die einen feindseligen provozierenden Charakter gegen Frankreich tragen, gesungen werden. Ferner wird in der französischen Besatzungszone unter allen Umständen das Flagen in Nationalfarben, sei es in den alten oder neuen Nationalfarben, verboten.

Ludwigshafen, 16. Juni. Laut „Pfalzer Post“ hat die Rheinlandkommission das Erscheinen des „Kufeler Anzeigers“, der „Kirchheimbolander Zeitung“, des „Pfalz. Merkurs“, in Kirchheim, der „Gegenwart“ in Ebenhausen auf 15 Tage verboten.

Mainz, 16. Juni. Wie die „Rheinischer Volkszeitung“ meldet, ist im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Ludwigshafen der sozialdemokratische Arbeitersekretär Gröbner in Mainz von den Franzosen verhaftet worden. In Wiesbaden nahmen sie bei sozialdemokratischen Persönlichkeiten Hausdurchsuchungen vor, deren Grund von den Franzosen geheim gehalten wird.

Wannheim, 16. Juni. Aus Anlaß der Verhaftung von Arbeiterführern in Ludwigshafen fanden gestern U. N. Bad, Landessitzung, dort mehrere Versammlungen der bereits streikenden Arbeiter statt. Es wurde eine Entschliessung angenommen mit der Erklärung, daß, falls die beschaffeten Arbeiterführer nicht bis zum Freitag mittags 12 Uhr freigelassen worden seien, im ganzen besetzten Gebiet der Generallikwidat erklärt würde.

Die oberschlesische Arbeiterchaft und die Entschliessung.

Breslau, 17. Juni. Nach einer Meldung aus Kleinwitz sind die dortigen Betriebsräte der archen und kleinen Betriebe gestern bei dem französischen Präfeiten wegen der französischen Eingriffe vorläufig geworden. Der Sprecher betonte, daß die außerordentlich erregte Kleinwitz Arbeiterchaft gewillt ist, falls ihre Bitte um Abhilfe nicht erfüllt werde, zur Selbsthilfe zu schreiten.

Die bürgerliche Obstruktion in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Juni. In der Landesversammlung hat auch heute die Wahl eines neuen Landespräsidenten wegen Unfähigkeit des Hauses auf morgen verlagert werden müssen.

Landtagswahlresultat in Mecklenburg-Schwerin.

Rostock, 17. Juni. Vorläufiges Endergebnis der Mecklenburg-Schweriner Landtagswahlen vom 15. Juni: Deutschnationale Volkspartei 71 840 Stimmen, Deutsche Volkspartei 48 717 Stimmen, Mittelstandspartei 24 188 Stimmen, Demokratische Partei 22 202 Stimmen, Mehrheitssozialisten 128 473 Stimmen, Unabhängige 24 567 und Kommunisten 1168 Stimmen. Die Sitze verteilten sich wie folgt: Deutschnationale Volkspartei 14, Deutsche Volkspartei 10, Mittelstandspartei 5, Demokraten 4, Mehrheitssozialisten 26, Unabhängige 5 und Kommunisten keinen Sitz.

Braunholzlager im Rheinland.

Essen (Ruhr), 17. Juni. Die Firma Hüssen in Camborn hat laut Gewerkschaftszeitung mit den Vorbereitungen zur Ausbeutung des Braunholzlagers II Düsseldorf begonnen, dessen Umfang auf eine Million Kubm. Braunholzes geschätzt wird.

Kabinettskrise in Norwegen.

Oslo, 17. Juni. Das radikale norwegische Kabinett Anudsen, das seit 1918 im Amte war, ist zurückgetreten. Das Kabinett hat erklärt, daß es die Erhöhung des Verlehrsbudgets um eine Million Kronen gemäß dem Antrag der Kommission des Stortings nicht annehmen könne. Das Storting genehmigte den Kommissionsantrag mit 74 gegen 71 Stimmen. Die Mehrheit bestand aus den Konservativen und den Sozialisten. Das neue Kabinett wird wahrscheinlich von den Konservativen gebildet werden mit dem Stortingpräsidenten Halvor an der Spitze.

Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten.

Amherdam, 17. Juni. Ueber New York wird aus Tokio berichtet, daß auf den japanischen Ministerpräsidenten ein erfolgloser Mordanschlag gemacht worden sei. Der Täter, ein Japaner, sei verhaftet worden.

Die Kämpfe zwischen Türken und Franzosen.

Amsterdam, 17. Juni. Einer „Times“-Meldung aus Bagdad ist nachzugehen und den französischen Vorposten in Mesopotamien überfallen. An der Küste des Schwarzen Meeres haben die Nationalisten die Kohlenbergwerke besetzt und von den französischen Truppen eine Gelbbahn und die Abfertigung bestimmter Bergwerke an die nationalistische Regierung gefordert. Zwischen den zu Hilfe kommenden Franzosen und den nationalistischen Truppen kam es zum Kampf, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist.

Was nun?

Von Karl Kautsky.

Karl Kautsky, der beste theoretische Kopf der Unabhängigen, veröffentlicht in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ den nachstehenden Artikel, in dem er mit rückwärtsgerichtetem Blick die ungeheuerlich schädliche Stellung der Unabhängigen zeichnet und den Phantasieren der unabhängigen Agitatoren entgegentritt.

Die Wahlen in Deutschland sind vollzogen. Sie haben ungefähr das gebracht, was sie versprochen: Stärkung der Deutschen, der Nationalen, der Unabhängigen, der Demokraten, der Mehrheitssozialisten und der Sozialisten. Diese Verschlebung ging jedoch nicht in dem Maße vor sich, in dem es viele erwarteten. Gar mancher träumte von der Vernichtung der Mehrheitssozialisten, so daß die Unabhängigen als die einzige ernstliche Arbeiterpartei dastünden und die Einheit des Proletariats mit ihrem Sieg hergestellt wäre. Dazu ist es nicht gekommen. Die Mehrheitssozialisten haben arg verloren, sind jedoch immer noch stärker als die Unabhängigen. Und nach verschiedenen anderen Wahlen der letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Höhe ihres Rückganges bereits ihren tiefsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines wenn auch langsamen Aufstieges.

Auf jeden Fall ist die Idee abstrusum geführt, das deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslossten Kampf gegen die Mehrheitssozialisten führen. Wir stehen nur noch vor der Alternative: entweder Zerpfütterung und damit Schwächung des deutschen Proletariats ins Unabsehbare oder Herstellung einer Arbeitergemeinschaft zwischen den bisher feindlichen Brüdern. Wer diese Arbeitergemeinschaft hindert, übernimmt eine suchtbare Verantwortung gegenüber der Sache des Proletariats.

Wie wird sich aber unter diesen Umständen die nächste Regierungsbildung gestalten? Drei Möglichkeiten tauchen auf: die Bildung einer reinen Arbeiterregierung; die Wiederherstellung der alten Koalition; und endlich drittens die Uebergabe der Regierung an einen rein bürgerlichen Block. Jede dieser Möglichkeiten begegnet den größten Schwierigkeiten. Aber die eine reinen Arbeiterregierung wären kaum größer als die beiden andern Alternativen.

Wohl verfügen die beiden großen sozialistischen Parteien, wenn sie sich vereinigen, nicht über die Mehrheit im Parlament. Die Uebernahme der Regierung durch eine Minderheit scheint den Geboten der Demokratie zu widersprechen; doch nur scheinbar. Die Demokratie verbietet bloß, daß sich eine Minderheit mit Gewalt dem öffentlichen Willen der Mehrheit widersetzt. Sie verbietet es keineswegs, daß eine Partei ein Ministerium bildet, das noch nicht die Mehrheit besitzt, aber alle Aussicht hat, diese zu gewinnen, wenn es die Politik treibt, die den Bedürfnissen der Volksmehrheit entspricht. Natürlich wäre eine rein sozialistische Regierung unter dieser Voraussetzung schon früher möglich gewesen. Heute sind die Sozialisten in ihrer Gesamtheit an Zahl schwächer als nach den Wahlen des vorigen Jahres. Aber heute wissen die beiden sozialistischen Parteien, daß keine der beiden die andere zu sprengen vermag. Und das System Kollie ist überwunden. Da brauchen die inneren Widerstände gegen die Herstellung eines sozialistischen Blocks also nicht mehr so stark zu sein wie früher. Vereinigt würden aber die Sozialisten die weitaus stärkste unter den Parteien der Nationalversammlung bilden. Machen sie sich in der Regierung zum Sprachrohr des Gebotes der Stunde, schicken sie sich an, das zu tun, was im Interesse der Massen notwendig und vernünftig ist, dann gewinnen sie rasch allgemeines Vertrauen, dann wagen die demokratischen und katholischen Arbeitervertreter in der Nationalversammlung nicht, gegen sie zu stimmen. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit besserer Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Voraussetzung ist freilich, daß, wie schon bemerkt die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebot der Stunde entspricht. Welches ist das Gebot? Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — selber noch nicht das Gebot einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der fürchtbare Krieg mit den wahnwitzigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs raschste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Das kann auch das stärkste sozialistische Willen nicht ändern.

Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert.

Ein Kommunismus des Teilens, der Plünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionslosigkeit und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Andererseits, wenn auch nicht sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionszweigen, bei denen sie heute

en!
4008
95.—
115.—
85.—
Breifen
ube.
nz-
iele!
30
m
yrth.
!!
in fünf
Roman
rück-
hat nun
Leben,
atigkeit
22.
erin
ierska
n
iseps.
nischen
Chr.
zählung
kten.
5.
BS
he
4069
macht
ach

Politische Uebersicht.

Vom unabhängigen-kommunistischen Putz im Januar 1919.

Ein Geständnis über radikales Maulheldentum.

Die „Köte Jahre“, die bisher die Schuld der Kommunisten an dem verhängnisvollen Januarputsch von 1919 hinständig leugnete, bekennend sich jetzt, da sie sich im Kampf mit der KPD befindet, endlich zur Wahrheit. Sie protestiert in ihrem letzten Sonntagsheft gegen eine Feier, die die KPD am Grab-Rosa Luxemburgs veranstaltete, schildert die Aufgaben, die den Kommunisten im Jahre 1919 zugefallen waren und fährt dann fort:

Die junge Partei war damals weder geistig noch organisatorisch befähigt, eine solche Probe zu bestehen. Organisatorisch nicht. Denn sonst hätte es nicht kommen dürfen, daß damals die Albert Müller und Scheider-Manhle unter den Delegierten und — verteidigt sich — unter den „Erzradikalen“ wären. Und sie waren nicht die einzigen ihrer Sorte. Sie war auch geistig noch nicht imstande. Sie unterlag den Stimmungen jener gespannten Delegierten- und unterlag dem Vortragswettbewerb und Maulheldentum eines Otto Kühle. Als Rosa Luxemburg den frag „und wenn die Nationalversammlung zusammentritt, was machen wir dann?“, da war die prompte Antwort: „Mit Maschinengewehren auseinandersetzen“. Er hatte die Radikalen und die Erzradikalen für sich und für dieses einfache Rezept. Die Radikalen aber wenigstens waren ehrlich. Mit Zögerlichkeit handelten sie nach dem Rezept und viele haben ihr Blut und ihr Leben dabei gelassen. Otto Kühle aber sah in Dresden, war weiter radikal und sagte, als die in Berlin nach seinem Rezept handelten: „Die sind verrückt geworden in Berlin.“

Der Fluch der Lächerlichkeit.

Der Wahlkampf ist von den Rechtsparteien unter der Parole geführt worden: **Nieder mit der Koalitionsregierung!** Strepelose Demagogie und schamlose Ausnutzung der schweren Not, in der das deutsche Volk infolge von Krieg und Niederlage geschmachtet, haben Rechtskonservativen und Linkskonservativen zum Siege verholfen. Die alte Koalitionsregierung hat sich in eine Minderheit verwandelt, die nicht mehr regieren kann. Nun sollen die Sieger beweisen, daß ihr Sieg ein Glück für das deutsche Volk war, daß sie die fast unenträglichsten Zustände bessern können.

Aber was erleben wir? Die Unabhängigen spielen überhaupt nicht mit. Sie wollen nur schimpfen und agitieren. Und die Rechtsparteien? Für angelehnter Mann Dr. Heine gibt den Auftrag zur Kabinetsbildung nach 12 Stunden zurück, weil die Sozialdemokraten mit seiner Regierung nichts zu tun haben wollen. Ganz ohne Sozialdemokraten geht die Sache nicht — so scheint es auch der deutschen Volkspartei.

Wie unendlich lächerlich ist das! Wie Hamamel nach den arden Worten, die man im Wahlkampf geschrien hat! In allen Berliner Anschlagartikeln steht an dem Tag, an dem Dr. Heine zu regieren ablehnt, ein Absatz, das zum Eintritt in seine Partei auffordert mit dem anmutigen Verslein:

Von roten Besessenen macht euch frei — Allein die Deutsche Volkspartei.

In der Reichspresse erscheint täglich ein halbes Duzend Leitartikel, daß die Sozialdemokratie in der Regierung alles verkehrt und vieles geradezu verbroderlich gemacht habe. Aber zu gleicher Zeit, wie man den Sozialdemokraten alle Schuld an allem Unglück zuschiebt, erklärt man auch auf der Siegerseite rechts, daß ohne die Sozialdemokratie unmöglich regiert werden kann. Ohne jede Scham läßt man den Fluch der Lächerlichkeit auf sich und vertritt selber, daß man selbst von der eigenen Demagogie kein Wort glaubt.

In ihrer Angst gibt die Reichspresse die Parole aus, die Reichspartei müsse jetzt zurücktreten: es komme einzig und allein darauf an, das Vaterland zu retten. Aber so rettet doch das Vaterland, ihr, die Partei des Wiederaufbaus, und ihr, die ihr den Wählern versprochen habt, das Deutschland Bismarcks wieder aufzurichten. Niemand hat es auch wohl ohne Sozialdemokratie aufgeben. Wollt ihr das aber nicht, so gehtet ehrlich: Nur die Sozialdemokratie kann Deutschland wieder aufbauen.

Die Sozialdemokratie lehnt es keineswegs irgend welcher theoretischen Klassenkampftheorie auf, an der Regierung mit teilzunehmen. Aber die Machtverteilung innerhalb der alten Koalition war das Reuechte, was die Sozialdemokratie veranlassen kann. Jeder Schritt weiter nach rechts würde es ihr unmöglich machen, die Regierungspolitik noch vor den Arbeitern, Angeestellten und Beamten zu vertreten. Die Klassenpolitik

der Unabhängigen hat nun noch mehr als der Wahlschick selbst das politische Schweregewicht nach rechts verschoben. Deshalb kann gegenwärtig die Sozialdemokratie weder in ein Kabinett Heine noch in ein Kabinett Trimborn eintreten, und Parteigenossen auf Urlaub, die für ihre Person einen bürgerlichen Ministerium angehören könnten, gibt es bei uns auch nicht.

„Deutschlands Untergang wird nicht bedauert.“

Der französische Nationalist Jacques Bainville erklärt in der „Action Française“, die Todesdrohung, die über dem deutschen Staat schwebt, dürfe Frankreich nicht beunruhigen. Der deutsche Staat könne verschwinden, so oft er wolle, sein Verschwinden werde nicht bedauert werden. Wenn man, um bezahlt zu werden, ein hartes Deutschland notwendig gehabt hätte, dann hätte man das ja von Wilhelm dem Zweiten erhalten können. Der gute französische Sinn sagt, daß man niemals soviel gewonnen haben werde, als wenn das deutsche Staatsgeschiff mit Mann und Ladung unterginge, denn vor dem Bestium würde immer noch etwas übrig bleiben und Frankreich sei wenigstens vom Weltmarkt freigesetzt.

Badischer Landtag.

Große finanzielle Aussprache.

gr. Karlsruhe, 16. Juni.

49. Öffentliche Sitzung.

Präsident Hoff eröffnet die Sitzung um 4.30 Uhr und teilt mit, daß am Donnerstag nachmittag 6 Uhr Dr. Fischer-Karlruhe im Sitzungssaale des Landtags einen Vortrag über Tuberkulose halten wird.

Von allen Parteien des Hauses ist ein Antrag eingegangen, einen aus 9 Mitgliedern bestehenden Ausschuss zu bilden, der beraten und Mittel und Wege finden soll zur Vereinfachung der Zwangs wirtschaft.

Voranschlag des Finanzministeriums.

Hr. Dr. Heintze (Ztr.), auf der Tribüne schwer verständlich, wünscht eine Reduzierung der Ministerien und den Abbau der Institution der Staatsräte. Der Landtag sollte ebenfalls in seiner Größe reduziert werden. Es soll nicht nur in der Organisation gespart werden, sondern auch in den Ausgaben. Insbesondere soll im Arbeitsministerium und im Ministerium des Kultus und Unterrichts gespart werden und mit Ausgaben zurückgehalten werden. Auch hinsichtlich des Theaters möchte vom Staat und der Stadt entschieden zurückgehalten werden. Die Sportbestrebungen gehen entschieden zu weit; das deutsche Volk hat nicht genug zu tun, als Spiel und Sport zu treiben. Zu begründen wäre die Wiedereinführung zweijähriger Budgetperioden. Eventuell könnte man den Nachteil der Nachträge in Kauf nehmen. In den Steuerfragen muß der Finanzminister fest gegen Berlin sein. Der Steuerabzug am Lohn kann zur Ueberbelastung führen, was vermieden werden muß. Früher war das Reich Kolongier der Bundesstaaten. Nach der jetzigen Verfassung sind die Länder Kolongier des Reiches geworden. Wir sind, wie Finanzminister Dr. Witt früher erklärte, am 1. April schuldlos frei am Reich übergegangen. Voraussetzung aber ist, daß das Reich seine Verpflichtungen erfüllt. Seit Vereinigung des Krieges hat das Reich weitere 50 Milliarden Schulden gemacht. Dies ist eine bedenkliche Sache. Der Reichsetat ist noch völlig unübersichtlich. Wenn alle beschlossenen Steuern in Kraft treten, wird sich eine bedeutende Verminderung der Vermögen bemerkbar machen. Wenn hierdurch die großen Vermögen bedeutend reduziert werden, so werden entweder die Steuereinnahmen bedeutend nachlassen oder die Kleinen müssen mehr herangezogen werden. Vier Jahre lang wurde gearbeitet zur Verminderung von Borraten und von Werten; deshalb sind wir so arm geworden. Das Bild ist ein außerordentlich trübes. Trotzdem dürfen wir nicht bezweifeln.

Abg. Matum (Soz.):

Meine Reaktion stimmt dem Voranschlag des Finanzministeriums zu. Zunächst möchte ich feststellen, daß die Reichsbedingungen im Mannheimer Schloß während der Revolution nicht von den L. und S.-Mägen herühren. Diese schäufen im Gegenteil die Gegenstände. Die geistigen Ausführungen des Finanzministers waren dürftig, weil sie noch nicht den ganzen Rechnungsbuchschluß enthielten. Weiter waren die Mitteilungen spärlich, weil erst der erste Nachtrag die Ausgaben für die Verordnungsordnung und für weitere sachliche Ausgaben wie Renten enthielten wird. Diese kommenden Ausgaben werden die Zahlen des Voranschlags über den Haufen. Wir jonglieren da mit Millionen und treiben eine Weltwirtschaft. Die Lein fische-

ich nicht nur durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion selbst.

Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch innerhalb kapitalistischer Produktion ganz anders wahren als eine kapitalistische. Und sie allein kann die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Gesamtheit geboten ist.

Die Bekämpfung des Schiebertums, die man ihr zuweist, kann allerdings nur durch eine Vermehrung der Produktion erfolgreich unternommen werden. Das Schiebertum ist ein Ergebnis des Mangels an Produkten, es tritt überall auf, wo solcher Mangel herrscht. Die französische Schiedensherrschafft von 1793 ebenso wie der bolschewistische Terror verjagten vergeblich, ihm ein Ende zu machen. Ihre Unterdrückungsmaßnahmen vermehrten bloß seine Betriebskosten (Bestechungen, Transportkosten usw.) und erhöhten dadurch die von ihm geforderten Preise. In dem Maße, in dem die Produktion wächst, hört das Schiebertum von selbst auf. Was aber nicht eintritt, was immer mehr zunimmt, das ist die Ausbeutung der Massen durch die großen Monopolisten, namentlich der Bergwerke. Hier ist rücksichtslose Sozialisierung schon jetzt am Platze, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der gesamten Gesellschaft. Eine Sozialisierung der Kohlenbergwerke, die den Kohlenpreis herabsetzt und die Kohlenförderung ausdehnt, würde die gesamte Produktion mächtig anregen.

Ebenso wäre eine Sozialisierung der Wälder und der Latifundien (nicht ihre Verschönerung) geboten.

Für ein Aktionsprogramm dieser Art wäre eine Mehrheit in der Bevölkerung wohl zu gewinnen, wenn eine einige Sozialdemokratie dahinter stünde. Wie aber zu dieser Einigkeit gelangen? Das Fragezeichen am Ende dieser Frage hat leider der Größe nach nichts eingebüßt.

Soll nun die alte Koalition erneuert werden? Aber deren Hauptmangel war ihre innere und äußere Schwäche. Die ist durch das Wahlergebnis im höchsten Grade vermehrt worden. Eine Koalitionsregierung kann unter Umständen gebildet sein, aber der Eintritt der Mehrheitssozialisten allein in diese Koalition wäre politischer Selbstmord.

So bleibt nur die dritte Alternative übrig: die einer rein bürgerlichen reaktionären Regierung. Unsere unabhängigen Freunde scheinen die Auslieferung des gesamten Staatsapparates an die ärgsten Feinde des Proletariats mit großer Gemütsruhe zu erwarten. Schreden sie nicht die Spuren Ungarns? Proteste gegen den weißen Terror sind eine sehr schöne Sache, Proteste beweisen aber nichts, nur die eigene Ohnmacht. Angezeigter ist es, dem Gegner eine Machtposition nicht auszuliefern als ihn aufzufordern, sie zu verlassen, und sich dann zu entrufen, daß er sie schonungslos ausnißt.

Und ebenso leer wie Proteste sind Retriminationen darüber, daß die Rechtskonservativen an dem Ersinken der Koalition schuld seien. Auch wenn das richtig wäre, was hier nicht weiter untersucht sei, sind die vergangenen Fehler anderer noch kein Freibrief für die eigenen, die man zu begehen sich ansetzt.

Nun trübt man sich freilich damit, daß man sagt: Sobald die rein bürgerliche reaktionäre Regierung da ist, wird sie schon das Proletariat in einer Weise mißhandeln, daß es sich gegen sie auflehnen wird und so endlich die Einheitsfront gewinnt.

Kein Zweifel, diese Einigung wäre ein großer Gewinn, und wenn es nicht anders geht, wird sie in dieser Weise erungen werden müssen. Aber die politische Reife der für die Einigung maßgebenden proletarischen Schichten Deutschlands erscheint dabei nicht in glänzendstem Maße. Denn das sagt doch nichts anderes, als daß die Einigung notwendig ist, daß man sich aber weigert, das Vernünftige und Notwendige früher ins Werk zu setzen ehe man von den Gegnern dazu gedrängt wird.

Speziell wäre es wohl, sich vorher zu einigen, um die Macht zu gewinnen, als den Gegnern zur Macht zu verhelfen, doch damit man sich zu einigen vermag. Es ist immer ein Zeichen der Rückständigkeit, wenn man das Notwendige nicht rechtzeitig genug erkennt, um es freiwillig tun zu können, sondern wartet, bis man durch äußere Momente dazu gezwungen wird. Das Endergebnis mag dasselbe sein, aber wie groß sind die unnützen Opfer, die dieser zweite Weg erfordert!

Kein Zweifel, das deutsche Proletariat wird sich behaupten, was allem. Aber man muß befürchten, daß das Lehrgeld ungeheuer groß sein wird, das von ihm und dem ganzen deutschen Volk noch zu bezahlen sein wird, ehe es zum dauernden und fruchtbringenden Besitz der Staatsgewalt gelangt, der ihm bei völliger Einsicht und Einheitsfront jetzt schon zugänglich wäre.

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjew.

50

Wassili Iwanowitsch hob seinen Hut zurecht.

„Ich wußte zum voraus,“ sagte er, „daß du über alle Dornen erhaben bist. Habe ich doch ebenfalls keine — ich, ein Greis von zweimündig Jahren.“ Wassili Iwanowitsch wagte nicht zu gehen, daß auch er den Gottesdienst gewünscht hatte. Er war nicht weniger gottesfürchtig als seine Frau. „Aber Vater Alexis wünschte sehr deine Bekanntschaft zu machen. Er wird dir gefallen, davon bin ich überzeugt. Er macht gern ein Spielchen und — aber das bleibt unter uns — und raucht sogar sein Pfeifen, ganz wie unjereins.“

„Gut, wir wollen nach dem Essen eine Partie Schach machen, und ich werde euch schlagen.“

„So ha ha! Wir wollen sehen! Es könnte auch anders kommen.“

„Wie, solltest du dich vielleicht gewisser Fertigkeiten bedienen wollen?“ sagte Basaroff mit besonderer Betonung.

Eine leichte Rote überzog die gebräunten Wangen Wassili Iwanowitschs.

„Schämst du dich nicht, Eugen... Was gewesen, ist gewesen. Nun ja, ich bin bereit vor unterm Gasse zu stehen, daß ich allerdings in meiner Jugend diese Leidenschaft hatte — aber ich habe sie teuer genug bezahlt!“

„Wie heiß es heute ist! Erlaubt mir mich zu euch zu setzen.“

„Durchaus nicht,“ antwortete Arkadi.

Wassili Iwanowitsch nahm unter leichtem Stöhnen auf dem Heu Platz.

„Dieses Lager da, meine lieben Herren,“ begann er, „erinnert mich an mein Soldatenleben, an Divaks und Ambulancen. Wie oft haben wir auf einem Heuboden

lambiert — und, wie dankten wir Gott, wenn wir nur einen hatten!“

Er leuchtete.

„Ich habe viel, sehr viel in meinem Leben durchgemacht. Da war zum Beispiel — wenn ihr erlaubt, will ich euch eine interessante Episode aus der Zeit erzählen, wo die Welt in Verrücktheiten wütete.“

„Die dir den Sankt-Mohimir-Orden eingetragen hat?“

„Unterbrach ihn Basaroff. „Ich kenne sie, ich kenne sie...“

„Drobov, warum trägst du deinen Orden nicht?“

„Sage ich dir denn nicht, daß ich frei von Vorurteilen bin?“ murmelte Wassili Iwanowitsch in den Bart.

(Er hatte sich erst am vorhergehenden Abend das rote Händchen aus dem Knosfloch trennen lassen.) Und er begann die fragliche Episode zu erzählen.

„Sehen Sie mal den da, er ist eingeschlagen,“ flüsterte er plötzlich, auf Basaroff zeigend und freundschaftlich mit den Augen blinzeln. Arkadi ins Ohr.

„Eugen, steh auf!“ sagte er laut hinzu, „steh auf, wir wollen zum Essen gehen.“

Vater Alexis, ein hoher stattlicher Mann, dessen Haar sorgfältig gekämmt war und dessen blauschwarzer Priesterrock von einem gestickten Gürtel zusammengehalten wurde, wußte sich mit viel Takt und Klugheit zu benehmen. Er reichte Arkadi und Basaroff zuerst die Hand, als hätte er zum voraus gewußt, daß ihnen an seinem Segen nichts gelegen war. Er trat überhaupt ganz unbefangenen auf. Er verlegte niemanden, ohne jedoch seinem Stande etwas zu vergeben. Er trug kein Bedenken, sich gelegentlich über das Latein lustig zu machen, das in den Seminarien gelehrt wird, trat jedoch bei einer andern Gelegenheit für seinen Pflanz ein. Er trank zwei Gläser Wein, welgerie sich jedoch, ein drittes zu nehmen. Er nahm die Zigarre an, die Arkadi ihm anbot, rauchte sie aber nicht, indem er sagte, er wolle sie sich mit nach Saure nehmen. Nur hatte er die unangenehme Gewohnheit, langsam und vorsichtig die Hand seinem Gesichte zu nähern, um die Fliegen zu

fangen, die sich darauf setzten und dann geschick es wohl, daß er sie zerquetschte. Er setzte sich an den Spielisch, ohne darüber eine zu große Freude an den Tag zu legen und gewann Basaroff schließlich zwei Rubel fünfzig Kopfen

Basaroff ab — von Silberrubeln hatte man im Hause der Krina Maslojewa keine Ahnung... Sie sah neben ihrem Sohne (Arkadi spielte sie nicht), das Sinn ihrer Gewohnheit gemäß auf die Hand gestützt, und stand nur auf, um die eine oder andere Erfrischung bringen zu lassen. Sie fürchtete, Basaroff durch zu viel Aufmerksamkeit lästig zu fallen, und er ermutigte sie keineswegs dazu; zudem hatte Wassili Iwanowitsch ihr den Rat erteilt, ihn nicht allzu sehr aufzuregen.

„Die jungen Leute lieben das nicht,“ hatte er ihr wiederholt versichert. (Es versteht sich von selbst, daß man für das Diner nichts geordert hatte: Timofeitch hatte sich bereits mit Tagesanbruch in eigener Person nach der Stadt begeben, um Fleisch von der feinsten Qualität einzukaufen; der Starofa war nach einer andern Richtung aufgebroschen, um Napppen, Kaulbarische und Krebse aufzutreiben; für die Wäse zahlte man den Wäuerinnen bis zweimünderzig Kopfen). Aber die unerbittliche auf den Sohn gerichteten Augen der Mutter drückten nicht bloß Ginstigung und Barmherzigkeit aus; man las darin auch Traurigkeit, nennlich mit Neugier und Jurch, ja einen gewissen demütigen Vorwurf.

Uebrigens kimmerte sich Basaroff sehr wenig darum, was die Augen seiner Mutter ausdrücken mochten; er sprach nur selten und tat es, so beschränkte er sich auf kurze Fragen. Einmal jedoch hat er sie um ihre Hand, damit er „Glück im Spiel“ habe. Schweigend legte sie ihr weiches Händchen in die rauhe, breite Hand ihres Sohnes.

„Nun,“ fragte sie nach einer Weile, „hats gelohent?“

„Es geht noch schlechter,“ antwortete er mit einem sorglosen Lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

* Eine Art Wpff.

Aus der... sich der... berein (Fre... wirtschaftl... kettsgemein... 800 000 Ka... schaft der g... sation der g... gemeinschaft... geladen, ihr... abgelehnt... als die G... und seinem... standes un...

4. A... ahl sind... Uebereinst... Geldern der... verzeichnen... der Ostsee... verkaufte... f... p... n... r... e... f... e... n...

In der... lieber Kon... zubrechen... Bestirmt... band der... der Sperr... Mitglieder... aus einem... Jahres im... stellt wer... einem Ge... Auge der... da auch... worden s... ter in der... die Schw...

Der M... In der... Landtag... lichten B... an f... l... ung ein... u... d... e... Einrück... erwarthe... rufen für... Wä... In d... geford... Bor... Dienste... den best... gefunden... nicht ge... können... großen... Reinerun... beschafte... Berfo... einge... dienlich... Man be... Pflegege... aufreibe... penjum... ten, for... den P... können... unterg... Was... andelan... oder A... berufen... men. P... sagen:... fenden... W... Wä... z... abf... an... en... wir... Es... einen... Ergeu... wenn... deutsch... zu ein... unse... der H... Ogar... s... so et... abgeh... Mite... anem... Saat... Augen... fließt... nach... schult... wohn... Veru... Gaus... hind... h... l... gibt... m... g... ind...

des Bild von der Zukunft gibt. Wenn uns dabei nicht wohl ist, so muß ich doch sagen, daß unsere Finanzwirtschaft noch stabil genannt werden kann gegenüber der Finanzwirtschaft des Reiches. Die Finanzwirtschaft des Reiches steht auf sehr schwankenden Grundlagen. Wir müssen deshalb wünschen, daß Ordnung geschaffen werde. Was uns sehr bedenklich erscheint, das ist die außerordentliche Notenwirtschaft des Reiches. Sie beträgt 62 Milliarden, wozu weitere Milliarden an Schatzwechseln kommen. Dabei steigt der Betrag von Woche zu Woche. Diese Wirtschaft treibt uns einem außerordentlich gefährlichen Abgrund entgegen. In den nach dem Kriege gemachten 50 Milliarden Schulden

Aufgaben für die Liquidation des Krieges.

Keine Regierung hätte da anders wirtschaften können als die Koalitionsregierung. Im Reich sind jetzt eine Anzahl Steuererhöhungen gemacht worden, mit deren Festlegung man wohlweislich einverstanden sein kann. Das wichtigste aber ist, daß die Steuererhöhungen auch zur Durchführung kommen. Vor allem muß das Reichssteuerreformgesetz verabschiedet werden. Jeder Tag Verspätung ist ein Verlust für die Reichsfinanzen. Der Versuch des Abzugs von 10 Prozent bei den Lohnempfängern scheint mir ungerecht, weil diese hierdurch vor anderen Steuerpflichtigen bevorzugt werden. Vor allem wird hier die Steuerfreigrenze nicht genügend berücksichtigt. Die Lohnempfänger müssen danach ihre Steuern nach dem Einkommen von 1920 zahlen; die anderen Steuerpflichtigen dagegen auf Grund des Einkommens von 1918. Dies ist ein außerordentliches Unrecht. Daraus ergibt sich eine neue Einschätzung der Grundsteuer und des Vermögens. Vor allem müssen die Immobilien Grundstücke nach dem heutigen Werte eingeschätzt werden. Denn diese Werte sind gewaltig gestiegen. Diese Neueinschätzung muß jedoch rasch vor sich gehen. Denn die Gehaltsempfänger verlangen es nicht, daß sie schlechter behandelt werden, als die anderen. Der einzig gangbare Weg gegen die Aufblähung des Geldes besteht in den kommenden Abgaben. Ich sehe trübe. Ich wünsche, daß die kommende Reichsregierung Ordnung in die Finanzen bringt. Ich befürchte aber, daß sie den selben Weg gehen muß, als die bisherige Regierung. Wenn die Veranlagung und Einziehung der Reichseinkommensteuer gerecht vor sich geht, so werden die Länder größere Beiträge vom Reich bekommen, als eingezahlt wurden. Bedenklich ist es, daß wir auf die Ueberweisungen vom Reich keinen Einfluß haben. Die vom Reich gewährleisteten Zuschüsse müssen daher Grundlage unserer Finanzen sein. In noch viel größeren Sorgen befinden sich die Gemeinden. Hier kann man in der Zuteilung nicht schematisch vorgehen. Man muß bei der Zuteilung an die Gemeinden deshalb einen Spielraum lassen und die Verhältnisse berücksichtigen. Wer diese Zuteilung macht, Finanzministerium oder Innenministerium, ist nicht zu befehlen. Die Selbstverwaltung der Städte, bisher ein Palladium der Freiheit, kommt in eine schwierige Lage. Der Herr Finanzminister möchte zum Sparen. An die Arbeiterschaft braucht diese Mahnung nicht gerichtet zu werden. Denn

Arbeiter, Beamte und Mittelstand

sind durch die heutige Lage zum Sparen gezwungen. Bei den besitzenden Kreisen muß zur Sparsamkeit gemahnt werden. In Baden-Württemberg und Berlin kann man bei den Besitzenden nicht nur keine Sparsamkeit finden, sondern eine tolle Verschwendung. Es muß gesagt werden, daß 99 Prozent der Arbeitslosen arbeitslos sind wegen der Folgen des Krieges und der anarischen Produktion. Ich sehe, daß wir schwere Krisen durchmachen müssen. Der Vertrag von Versailles löst schwer auf uns. Ich glaube, es sind Ausnahmen, daß die Industrie unsere Wirtschaft sabotiert. Der allergrößte Teil der Industrien treibt keine Sabotage; aber ohne ihren bewußten Willen schädigen sie unsere Wirtschaft. Vor allem geschieht dies durch die billigen Auslandsverkäufe und durch die Befassung ihres Geldes im Ausland. Unser Handel ist mit Waren überfüllt und ist kapitallos, weil er sich Waren hinlegt, um kein Geld, dessen Weiterverkaufen er fürchtet, in Händen zu haben. Diese Zustände werden so lange dauern, als die kapitalistische Wirtschaftsordnung herrscht. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Änderung bringt nur die planmäßige sozialistische Ordnung.

Wenn auch eine Vollsozialisierung nicht möglich ist, so können doch viele Betriebszweige heute schon in Gemeinwirtschaft überführt werden. Das Privatmonopol im Kohlen- und Eisenbau könnte leicht in ein Staatsmonopol überführt werden. Nur dann wird Ordnung und Glück in die Bevölkerung kommen, wenn die sozialistische Gemeinwirtschaft das Privatkapitalismus ersetzt hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dr. Freudenberg (Dem.) stimmt dem Vorschlag des Finanzministeriums zu und behauptet, daß der Rechnungsabschluss noch nicht vorgelegt werden kann. Zweijährige Dub-

setperioden würden, wie ich befürchte, dauernde Nachträge bringen. Die Gemeinwesen müssen in der Lage sein, ihre Finanzen in Ordnung zu halten und ihre Rechte dürfen während des Krieges bürgerlich eine Möglichkeit in der Durchführung der Gesetze ein, die bei Steuererhöhungen sehr gefährlich werden kann. Wichtiger als weitere Steuererhöhungen ist die Durchführung des Reichseinkommensteuergesetzes. Es muß rasch an die steuerliche Erziehung der Nichtbesitzenden gegangen werden. Naturabzüge müssen ebenso steuerpflichtig sein als Geldabzüge. Wir müssen uns schwer hüten, bei unserer Wirtschaft den Boden der Ideologie zu betreten. (Zwischenrufe links.) Wir müssen aufbauen auf dem was ist und müssen nicht die Dinge betrachten. Der Ansicht, daß alles noch viel billiger wird und die Dinge so billig werden als im Frieden, ist zu widersprechen. Die Unternehmer wissen, daß die einzige Rettung in der Aufrechterhaltung der Betriebe liegt. Nur die freie Wirtschaft öffnet uns den Weg zur Besserung. Die Zustände in den Kriegsgesellschaften sind schlimm, aber sie sind ebenso unerträglich in der Selbstverwaltungssystemen; die Idee ist schon, aber die Praxis ist anders. Wir fordern, daß endlich mit dem überlebten Finanzwirtschaftssystem auf allen Gebieten gebrochen wird. Beim Brotgetreide haben wir früher schon einen anderen Weg gewiesen. Wir müssen uns einschließen, müssen sparen. Wir begreifen es, daß neben der Vereinfachung der Staatsverwaltung, die Staatsräule abge schafft werden. (Zwischenrufe links.) Eine große Ersparnis, da sie nichts kosten. Wenn sie nichts kosten, so ist es doch eine Vereinfachung. Der Mischsalz der Wirtschaft wirkt auf die Einnahmen des Staates. Wir geben schweren, kritischen, immer noch ernster werdenden Zeiten entgegen. Unsere Armut zwingt uns viele Wünsche abzulehnen. Wir müssen uns einigen im Verlangen. Hiermit wende ich mich nicht nur an die Regierungsparteien, sondern auch an die Opposition. Regierungsparteien und Opposition sollten der himmelhohen Schwierigkeiten unserer Lage gedenken. Trotzdem darf man nicht den Mut sinken lassen und wir hoffen, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Hg. Mayer-Saritsche (D.R.): Es ist die Pflicht und das Recht der Opposition geworden, den Staat abzulösen. Wenn wir von diesem Recht keinen Gebrauch machen, so deshalb weil es nicht angängig ist die badischen Verhältnisse auf eine Stufe mit dem Reich zu stellen und weil man dem Lande Baden nicht alle Verantwortung aufbürden kann, nachdem es seine Selbständigkeit in hohem Maße verlor. Angesichts der hohen schwebenden Schuld kann ich über den günstigen Rechnungsabschluss keine allzugroße Freude haben. Die Zusammenlegung des Amtes des Finanzministers und des Leiters des Landesfinanzamtes in eine Person scheint uns bedenklich und wir sind damit nicht einverstanden. Wir haben, wie bei der Kapitalertragssteuer, vorwärtsgehende Arten der Besteuerung. Es ist mir nicht klar, wie wir bei dem Mangel an Finanzbeamten, anderen Ländern noch damit nachhelfen sollen. Neue Steuern sind kaum zu finden; dieses Preisniveau kann nicht gelöst werden. Die Wirtschaft der Länder und Gemeinden ist nicht erbaulich und es muß ein Ende damit gemacht werden. Die Ausgaben sind recht trübe. Wir stimmen dem Wunsch nach Sparmaßnahmen zu. Dem Unternehmen nach Vereinfachung der Staatsverwaltung siehe ich mit Zweifel gegenüber. Durch freieren einzelnen Stellen und Ministerien wird die Vereinfachung nicht erreicht, sondern durch Vereinfachung der Geschäfte. Mit der Wiedereinführung zweijähriger Budgetperioden sind wir einverstanden. Bei den Wahlen zur Erfüllung des Friedensvertrages ist ein ernstes Wort geworden vor den Augen. Mit dem Sozialismus wird es uns nicht gelingen, das Finanzland zu befreien. Wir müssen die natürlichen Kräfte unseres Volkes wecken. Wir wollen vorwärts und aufwärts.

Hg. Oberwald (Dem.) ist auf der Tribüne unverständlich. Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Finanzministerium.

Badische Politik.

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

Nach einer Bekanntmachung des Wahlleiters des 35. Reichstagswahlkreises wurden bei den Reichstagswahlen in Baden 946 366 gültige und 3874 ungültige Stimmen abgegeben. Von den gültigen Stimmen entfielen auf den Reichstagswahlvorschlag der sozialdemokratischen Partei 190 298 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Deutschen Volkspartei (Deutsche liberale Volkspartei Badens) 64 653 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Zentrumspartei 344 027 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei 116 398 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Deutschen Nationalen Volkspartei 113 554 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der kommunistischen Partei Deutschlands 14 471 Stimmen auf den Wahlvorschlag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei 102 965 Stimmen. Als gewählt gelten vom sozialdemokratischen Vorschlag die Kandidaten Ged. Star, Schöpflin und Redmiller.

zum Wahlvorschlag der Deutschen Volkspartei der Kandidat Curtius, vom Wahlvorschlag der Zentrumspartei der Kandidaten Lehrenbach, Diez, Wirth, Erling, Damm und Henmann, vom demokratischen Wahlvorschlag die Kandidaten Dietrich und Haas, vom Deutschen Nationalen Wahlvorschlag die Kandidaten Düringer und Fischer, vom Wahlvorschlag der Unabhängigen Sozialdemokraten die Kandidaten Ged. und Schwarz. Die nichtgewählten Kandidaten gelten als Ersatzmänner.

Alle Liebe ruft nicht!

Nachdem Ende der vorigen Woche die deutschvölkische Partei, die „N.N. Ztg.“ einen Anbiederungsversuch an die Demokraten gemacht hat, rebanquieren sich heute die Demokraten mit einem ebenfalls erfolglosen Anbiederungsversuch an die Deutsche Volkspartei. In der Karlsruher „Bad. Landesztg.“ schreibt der badische demokratische Landtagsabgeordnete Prof. Gothein:

So bleibt denn entweder nur eine völlige Isolierung übrig, die aber mit einem Tode an Schwindsucht gleichbedeutend wäre, oder eine nähere Beziehung zu den als liberale Volkspartei wiedererstandenen Nationalliberalen. Eine solche Beziehung braucht weder Kapitulation noch Verschmelzung zu sein, sondern nur ein Einverständnis in den wichtigsten Punkten, wie es im alten badischen Großklub schon einmal mit gutem Erfolg geübt wurde in Hoffnung auf eine spätere völlige Einigung. Die unfehlbaren Erscheinungen des Wahlfalles haben vielleicht augenblicklich ein Zusammengehen etwas erschwert; denn es ist eine unerfreuliche deutsche Eigentümlichkeit, daß sich im Wahlkampf gerade die Kräfte hängen am festesten befehlen, weil jeder auf Kosten des andern seine Gewinne machen kann und ihm deshalb die Erfreulichkeit der Befreiung. Zum Glück hat die Presse ein kurzes „Bedächtnis“ und sie wird ja wieder rasch erheben, daß inhaltlich gar keine großen Verschiedenheiten, die einen Bruderkampf rechtfertigen könnten, vorhanden sind. Der durch die Wahlen verärgerten Liberalen Volkspartei muß es aber jetzt klar sein, daß mit Protestieren nichts getan ist, sondern daß sie sich auf den Boden der Tatsachen begeben muß. Sie gegenwärtig einzuschließen auf die Wiederherstellung der Monarchie ist ein Unding, nicht sowohl weil diese sich wesentlich durch die Schuld des letzten Trägers der Kaiserkrone selber zugrunde gerichtet hat, sondern weil wir alle genau wissen, daß die Monarchie nicht das Reich zu nationalen Einigung wäre, was doch ihr eigentlicher Zweck ist, sondern zum völligen Zerfall, ja zum Bürgerkrieg und zur Anarchie durch unsere Gegner. Also ist zu verlangen, daß sich auch die liberale Volkspartei rüchthaltig auf den Boden der Verfassung stelle, die sie freiwillig abgelehnt hat. Sonst ist jede Majoritätsbildung mit ihrer Hilfe unmöglich. Dann aber trägt sie auch die Verantwortung für die Machtlosigkeit des freigeordneten Bürgertrums.

Der Anbiederungsversuch der „N.N. Ztg.“ war von der demokratischen „Frankf. Ztg.“ sofort entziffert und scharf zurückgewiesen worden, wobei sie aber durchsichtig ließ, daß es zweifellos Demokraten geben wird, die auf den völkischen Parteien Verstand kriechen werden. Der „Demokrat“ Gothein macht den Anfang, wie zweifelhaft nicht daran, daß er noch Nachzügler finden wird, die zu ihrer alten Liebe zurückkehren. Viele Demokraten denken eben immer noch nationalliberal, sie empfinden aber nicht, daß sie ihrer alten Liebe zurückkehren. Glatter Selbstmord der eigenen Partei bedeutet. Wenn die demokratische Partei diesen Schritt machen folgen will, mag sie es tun. Viel zu verlieren hat sie ja abnehmend nicht mehr.

Staatspräsident Geiß zur Neubildung des badischen Kabinetts.

Nachdem die Veränderungen in der badischen Regierung, — Rücktritt des Staatspräsidenten Geiß und des Ministers Dietrich infolge Aufhebung des Auswärtigen Amtes, — teils Staatspräsident Geiß der „Südd. Ztg.“ mit, daß dem Landtag noch vor seinem Auseinandergehen, das um der 15. Juli erfolgen soll, eine mit seinem Rücktritt zusammenhängende Aufklärung gegeben werde, sobald die endgültige Entscheidung über form- und verfassungsgemäß erfolgen kann. Es wird dann unmittelbar daran sich die Neuaufstellung des Staatspräsidenten schließen. Staatspräsident Geiß erklärte dem Gen. Platt, daß sein Entschluß, von seinem Amte zurückzutreten, schon lange bei ihm feststand, er habe es auch nur unter dem Druck der Verhältnisse übernommen. An eine Auflösung des derzeitigen Landtags glaube er nicht. Er müsse eine Volksbefragung vorschlagen. Der hierfür erforderliche Antrag aber müsse mindestens 80 000 Unterschriften tragen und diese würden die radikalsten Parteien, die zurzeit Neuwahlen forderten, sicherlich zusammenbringen. Mit dem Rücktritt des Präsidenten beschäftigten sich gegenwärtig die Landtagsfraktionen, dann gebe die Angelegenheit an einen besonderen Ausschuss, der die Vorläufe an den Landtag vorbereiten wird. Ueber die Beibehaltung oder Abschaffung der Staatsräte ist noch nicht entschieden.

Volksschauspiel Detigheim.

Bisher hatte ich mir den Besuch der berühmten Tell-Aufführungen im benachbarten Detigheim geschenkt, und ich will jetzt sehen, warum. Volksschauspiele — Bauerntheater — Naturbühne — Detigheim — das noch mir zu sehr nach Unzulänglichkeit im künstlerischen wie im Materielle, es liegt etwas grotesk Lächerliches an ihm, bei dem der gute Wille der Mitwirkenden das einzige Gute war, etwas plump Bäuerliches, das Kaffertier unter dem Niveau eines kultivierten, wohlausgehalteten Hof- und Residenztheaters stand. Daneben argwöhnte ich hinter dem plattierten Ruhm der Festspiele so etwas wie geschäftstüchtige Oberammergauererei und fremdenindustrielle Spekulation auf großstädtische Portemonnaies. Das waren der Gründe zum Fernbleiben genug. Es bedurfte nur der Verleuerung der Fahrpreise auf der Eisenbahn, die weitere Sonntagsausflüge für unsereinen unterbinden, um mich einmal nachdrücklich auf den Besuch Detigheims hinzuweisen, und ich muß sagen, ich habe es nicht bereut. Keine Vorurteile sind rasch und gründlich zerflogen vor der Qualität des Dargebotenen, und die vorzügliche Steifigkeit einer mit Staunen gemischten freudigen Anerkennung gewiden, die es mir zur Pflicht macht, unseren Lesern den Besuch der Spiele mit aller Entschiedenheit ans Herz zu legen. Man kann sich übrigens kaum ein bequemere und reizvollere Ausfüllung des Sonntagnachmittags denken. Ein Zug mit langer Wagenreihe fährt am Bahnsteig 2 des hiesigen Bahnhofs um 1 Uhr 15 ab und bringt uns ohne Aufenthalt an Zwischenstationen in 20 Minuten nach Detigheim. (Zurück 7 Uhr 30.) Vom Bahnhof führt ein besondres in seinem letzten Teil annulter Epazierweg in etwa einer Viertelstunde nach dem Festplatz, der durch einen Korsoon und zwei im Schweizerstil gehaltene spritz Turmhelme schon von weitem kenntlich ist. Der Eingang mit den Kassen ist, wie überhaupt die ganze Anlage, auf rasche Abfertigung größerer Menschenmassen berechnet. Um und neben dem Eingang befinden sich Obststände und Erfrischungsräume, wo Kaffee, Bier und Limonade zu haben ist, ferner Kuchen und Süßgebäck von bemerkenswerter Weisheit. Den Zuschauerraum, der 4000 Sitzplätze enthält, größtenteils Klappstühle, betritt man von hinten und steigt die amphotheatralisch abfallende Stuhltreibe hinab. Der ganze Raum von der Form eines abgestumpften Kreissektors schließt sich in den Schauspielhaus ein und ist gegen Sonnenbrand oder Regenstauer durch ein solches Holzdach geschützt, so daß man sowohl im Rücken als im Vorderen die Derselbe Vorteil kommt den Mit-

wirkenden nicht zugute; ihnen peitscht der Regen ins Gesicht, aber diese kergesunden Vorkursente sind nicht so empfindlich geratet, und das Rot ihrer Wangen ist nicht von so verzänglicher Beschaffenheit wie bei den Damen unseres Landesbühners; das macht kein Regen ab, wovon man am Sonntag Gelegenheit hatte sich zu überzeugen. Die „Bühne“, wenn man den Ausdruck gebrauchen darf, zerfällt in etwa 10 bis 20 Schaulplätze — eine breite und tiefe Naturbühne, die sich links seitwärts vom Zuschauerraum nach rechts seitwärts erstreckt. Gerade vor uns über einer hohen Freitreppe erhebt sich ragend das zinnengekranzte, in Schloßarchitektur gehaltene Bühnengebäude mit zwei großen Flügelgängen, hinter denen die Interieurgruppen spielen. Weitans das meiste widelt sich aber unter freiem Himmel ab vor den naturgewachsenen Waldhülsen, denen die Kunst unangenehm nachhakt. Die hohle Gasse von Aichnach, der „rafende“ See, Tells Haus und Hof, Stauffachers Haus stehen leibhaftig und plastisch vor uns und im Hintergrund hinter Wärgeln winken die Klauen Pirne herüber. Naturbäume und Gebüsch, Felsen, Grottenräume, alles ist echt und solid, und das wenige, was an Prospekt und Dekorationen gemalt ist, stammt von der Hand eines ersten Theatermalers und ist von untadeliger Beschaffenheit. Ein bedecktes und selbst verdünnter Anspruch genügt den Dargestellten und selbst verdünnter Anspruch genügt den Dargestellten und bringt auch sonst Zwischenspiele und Bühnenmusik ansprechend zu Gehör.

Nun zum eigentlichen Spiel. Der weite zur Verfügung stehende Raum bietet hier Regiemöglichkeiten, die unsere großstädtischen Regisseure vor Reid müssen erlassen machen. Hier lassen sich Massen zusammenballen und auseinanderziehen und Effekte erreichen, die sich auf das Brettertheater nicht verpflanzen lassen. Welch ein Eindruck, wenn Tell mit dem stützigen Baumgarten im Aachen über den See sitzt und nachher die acht Landenberger Reiter mit ihren schmunzenden, silberbesetzten Reitroden und ihren silbernen Sturmhelmen in schlanke Galopp über die Szene jagen. Und die Kerls können reiten! Und nicht nur die Kerls, sondern auch die Damen. Die Brunnenstille ist so fest im Sattel wie jeder Landstrecke, und der Zuschauer braucht keine Anglistenmeisterklopfen zu vergießen vor Genutualitäten, die er im Landesbühner fürchtet. Geht er sein Gesicht erhebt immer als glänzende Kadavalle hoch zu Ross. Auch sonst wird mit Gehter nicht gespart; die Szenen freiben wirkliche Kühe und Rinder zu Tal, und es sind wirkliche Schafe, die mit Begierde Gras fressen. Alles ist Natur, und man denkt mit Schaudern an die künstliche Illusionsmagie des

Guckkastentheaters, das die Szenen zwischen stäubige Reinwandfetzen einspannt und sich auf eine täuschende Nachahmung von Feld und Wald und Blumenanger viel zu gut tut. Das eine Empfinden drängt sich einem sofort auf: Es wird einem schür, sehr schwer werden, nach Detigheims Tell das selbe Tell noch einmal bei Kampenlicht im Theater zu sehen.

Ueberhaupt geht einem während des Spiels allerhand Gedanken durch den Kopf. Wie ist es möglich, fragt man sich, daß man es fertig bringt, eine rein bäuerliche Heranzubildung, daß das ganze Dorf, die seltsamen bis zu den Äußersten, sich willig in den Dienst derselben Idee stellen und noch langem an nichts zu denken scheinen, als das Eine: Das Spiel? Wir sehen häßliche alte Bauern unter den Landsknechten Geßlers und dem Schweizer Volk, wir sehen Frauen und Mädchen, die über die Wochentage in Feld und Stall schwerer, ermdender Arbeit nachgeben und noch Ruhe und Geistesruhe ererbigen, sich in ihre Rollen einzuleben oder funktionelle Chöre zu studieren. Wo nehmen die Leute nur die Zeit her, fragt man sich, aber vor allem, wo nehmen sie den Idealismus her? Man würde es nicht glauben, sähe man es nicht vor Augen, daß in einer Gemeinde ohne jede völkedramatische Tradition, ohne jedes Vorbild, eine solche Hingabe, ein solcher Eifer und ein derartiges Kräfteaufgebot einfach aus dem Boden gestampft werden könnte, und man empfindet diese phrase eine Hochachtung vor diesen Bauernleuten, Handwerkern und Kleinrentnerbetriebern, die sich dergestalt in schöner Einmütigkeit unter die Herrschaft einer Idee beugen und jeder an seinem Platte beitragen zum Gelingen des Kunstwerkes. Denn nicht nur darstellende Mitwirkende sind nötig, der ganze Apparat macht Menschenkräfte nach an vielen Stellen notwendig, von den freundlichen Logenstuhllehrern bis zu den kleinen Textbuchverkäufern, die allethalben im Zuschauerraum auktillieren. Man steht vor einem Rätsel. Und bei dem Besuch seiner Wohnung sitzt man auf dem Namen: Pfarer Saier, wozu allerdings nur wieder ein neues Rätsel angeudet wird. Das schöpferische Genie dieses einen Mannes hat all das Wundervolle geschaffen und hält es in Gang. Wie muß der Mann seine Gemeinde an der Strippe haben, um sie zu dieser Summe von Arbeit und künstlerischer Leistung angupornen! Ueberdies unterwerfliche Arbeitstraft und -Freude muß der Mann verfügen, der alle die Mollen einstudiert, die Regie führt, die Chöre probt, für Dekorationen, Kostüme, Requisiten sorgt, die das Geht der Mitwirkenden hinter der Bühne benützt und das gewaltige Unternehmen auf seinen Schultern trägt. Man kann nur

